

Vertraulich!

, den 9. Juni 1948.

L.11/7.- IM.

Herr Präsident,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer lebenswürdigen Schreiben vom 19. und 24. Mai dankend anzuzeigen, denen ich mit lebhaftem Interesse entnommen habe, welchen Auftrag das IKRK Herrn René Roth für seine ausserordentliche Mission in Griechenland übertragen hat. Herr Roth hat mir bald nach seiner Ankunft in Athen einen Besuch abgestattet, und nachdem er mir sein Mandat vertraulich umschrieben hatte, habe ich mich mit ihm eingehend über die Lage in Griechenland unterhalten. Herr Roth hat mir in dieser Unterredung einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, und ich zweifle nicht daran, dass er für seine Aufgabe die erforderlichen Erfahrungen und Charaktereigenschaften mitbringt. Ich brauche Sie demnach nicht ausdrücklich zu versichern, dass er, wie überhaupt die Delegation des IKRK in Athen, jederzeit auf meine volle Unterstützung wird zählen können.

Die Aufgabe, im Interesse aller Opfer von Wirren und Konflikten eine "unparteiische Tätigkeit" auszuüben, ist allerdings bei der heutigen Lage in Griechenland nicht einfach; ihre Erfüllung stellt an die Beauftragten ganz aussergewöhnliche Anforderungen an Takt, Fingerspitzengefühl, Umsicht und Zurückhaltung. Anders als in

Herrn Minister Paul Ruedger,
Präsident des IKRK.,

G e n f .

Dodis



Palästina, liegt hier ein nichtanerkannter Bürgerkrieg vor: der "Aufstand", mit dem sich die kommunistische Partei solidarisiert und der von den kommunistischen Nachbarstaaten nachweislich Unterstützung erhält, wird von Griechen geführt; der "Konflikt" wird demzufolge von der legalen griechischen Regierung als ein Internum betrachtet, das auf Grund der nationalen Gesetzgebung, insbesondere des Militärstrafgesetzbuches, nicht aber gemäss zwischenstaatlichen Vereinbarungen wie der Haager Konvention oder der Genfer Konvention^{en} zu behandeln ist. Die Fürsorgetätigkeit der Delegation zugunsten der Opfer von Unruhen und Konflikten entbehrt mithin jeder vertraglichen Grundlage. Dieser Uebelstand wird noch erschwert durch die entschiedene und äusserst scharf antikommunistische Einstellung, die nicht nur die Regierungsparteien (Royalisten und Liberale), sondern auch die parlamentarische Opposition (mit Einschluss der "sozialistischen Republikaner" von Papan-dreou) und das Gros der Bevölkerung beherrscht und die letzten Endes auf die blutigen Ausschreitungen der EAM. während des Dezember-Aufstandes von 1944 zurückgeht.

Dies ist zurzeit die Konstante des Athener Klimas, der wohl oder übel Rechnung getragen werden muss. Eine Delegation, die sich ausschliesslich der "Opfer" der Regierungstätigkeit annähme, würde, selbst wenn die Regierung einer gewissen, enger umschriebenen Aktivität, vorab wohl zugunsten der Deportierten, ihre Zustimmung erteilen sollte, in der Kammer und in der öffentlichen Meinung als Beschützerin von "Räubern und Mördern" alsbald heftige Kritik hervorrufen, wie wir dies hier schon anlässlich der Verhandlungen von Herrn de Glutz und Herrn de Traz erlebt haben.

Solchen Kritiken würde natürlich dadurch am ehesten die Spitze abgebrochen, dass die Delegation sich

darauf berufen könnte, ihre Tätigkeit komme tatsächlich allen Opfern der Unruhen zugute. Ist dies aber wirklich der Fall, und hätte eine in Athen residierende Delegation überhaupt die Möglichkeit zu einer solchen umfassenden Tätigkeit? Die Opfer, die der Einwirkung der "Gegenseite" zuzuschreiben sind, lassen sich in drei Kategorien aufteilen:

1° Die griechischen Zivilflüchtlinge mit Einschluss der Kinder, die ihre von Banden heimgesuchten Heimstätten verlassen und in den militärisch gesicherten Städten Zuflucht gesucht haben. Ihre Anzahl beläuft sich nach den letzten Angaben des Fürsorgeministeriums auf 550'000. Not und Elend sind erschütternd. Die griechische Regierung tut mit Hilfe der AMAG, was sie kann, aber ist nicht imstande, die Lage zu meistern. Das "Comité de la Reine" für die nördlichen Provinzen, das seit annähernd einem Jahr Mittel sammelt, nimmt sich vor allem der Flüchtlingskinder an und hat bereits Beachtenswertes geleistet, aber Vieles bleibt trotzdem noch zu tun. Ich bin mir klar darüber, dass die Fürsorge für diese Zivilflüchtlinge in "Friedenszeiten" nicht zu den Aufgaben des IKRK gehört, sondern vorab der griechischen Regierung überlassen bleiben muss.

2° Die, nach offizieller Darstellung gegen den Willen ihrer Eltern, von den Aufständischen "verschleppten" und zur Betreuung und Schulung nach den Satellitenstaaten abgeschobenen Kinder. Die Anzahl der bisher verschleppten Kinder muss nach vorsichtigen Schätzungen auf 12 bis 15'000 veranschlagt werden. Nichts hat in den letzten Jahren den Hass der griechischen Bevölkerung gegen die Kommunisten mehr aufgestachelt als der als Genocid qualifizierte Kinderraub. Der griechische Aussenminister hat

bei den in Betracht kommenden Satellitenstaaten auf Anregung der UNSCOB soeben einen direkten Schritt eingeleitet, um die Repatriierung zu erwirken. Ueber den Erfolg wird man sich keine grossen Illusionen machen dürfen. Eine Mitwirkung des IKRK bei der Betreuung dieser verschleppten Kinder würde griechischerseits wohl nicht ohne weiteres abgelehnt, wie mir prima vista scheinen will. Wie weit indessen der Arm des IKRK, ganz abgesehen von der Frage der Zustimmung der Gewahrsamsstaaten, in dieser Hinsicht reicht, vermag ich nicht zu beurteilen, da mir nicht bekannt ist, in welchen Satellitenstaaten es bisher Delegationen aufrecht erhalten hat.

3^o Die im Gewahrsam der Aufständischen befindlichen verwundeten oder gefangenen Angehörigen der griechischen Armee und der griechischen Gendarmerie. Ueber ihr Los ist hier nicht viel Genaues bekannt. Die Presse hat wiederholt gemeldet, gefangene Offiziere seien von den Aufständischen kurzerhand aufs grausamste niedergemacht worden. Es ist schwer zu beurteilen, ob die griechische Regierung bereit wäre, gegenüber der Markos-"Regierung" irgendwelche Verpflichtungen mit Bezug auf die Behandlung von Verwundeten oder Gefangenen einzugehen; das Thema ist in der Tat so heikel, dass ich immer gezögert habe, es gegenüber offiziellen Persönlichkeiten ohne Auftrag, wenn auch nur gesprächsweise, anzuschneiden. Die legale Regierung dürfte entscheidendes Gewicht darauf legen, gefangene Aufständische nach dem geltenden Recht, unabhängig von irgendwelchen völkerrechtlichen Bindungen, zu behandeln. Dies ist aber möglicherweise nicht einmal das Entscheidende: weit wesentlicher dürfte für sie sein, jeden Schritt aufs sorgfältigste zu vermeiden, durch den die Markos-"Regierung", wenn auch nur implicite, als kriegführende Partei, geschweige denn als Regierung, anerkannt würde. "General"

Markos, der Abtrünnling, der sich mit dem Feind (Albanien, Bulgarien) verbündet hat, ist zudem nicht verhandlungsfähig; seine Unterschrift ist nichts wert. Dies wären wohl die Einwendungen, die hier zu gewärtigen wären. Und man würde vermutlich weiter fragen, welche Gewähr denn dafür bestünde, dass er sich an eine von ihm eingegangene Verpflichtung halten und welche Ueberwachungsmassnahmen in dieser Hinsicht vorgesehen würden.

4^o Dies bringt mich zum Schlusse zu der Frage, wie der Kontakt mit Markos herzustellen sei. Nicht ohne einige Ueberraschung habe ich erfahren, dass das IKRK nach wie vor der Meinung ist, der "Draht" sollte über Athen gehen. Gestatten Sie mir in aller Offenheit die Bemerkung, dass mir dies praktisch undurchführbar und politisch unzweckmässig erscheint. Schon der erste derartige Versuch (Lambert) ist ergebnislos geblieben. Trotz allen Vorsichtsmassnahmen ist die Sache ruchbar geworden und hat hier ungeheuern Staub aufgewirbelt: die Königin hat mich auf diese Sache angesprochen und nicht ohne Mühe ist es mir gelungen, sie zu beschwichtigen. Ich weiss, wie peinlich die Sache dem Aussenminister war, der darob eine Erschütterung seiner Stellung befürchtete (nebenbei bemerkt, neulich hat sogar ein hiesiger Pédicure einer meiner Mitarbeiterinnen lang und breit die Geschichte erzählt!). Genösse Herr Lambert nicht das uneingeschränkte Vertrauen so vieler massgebender politischer Persönlichkeiten, und zwar sowohl im royalistischen wie im liberalen Lager, so hätte die Sache für ihn übel ausgehen können. Dass von den zwei Personen, die mehr oder weniger mit der Affäre verknüpft waren, der Schweizer Schaer heimgeschafft werden musste und der griechische Arbeiter Kalyvas "wegen Verproviantierung und Unterstützung der Rebellen" zum Tode verurteilt wurde, ist Ihnen vermutlich bekannt geworden.

So wie die Dinge heute liegen, glaube ich, dass keine verantwortliche griechische Persönlichkeit ihre Zustimmung zu dem Versuche geben könnte, von Athen aus eine Verbindung mit der Markos-"Regierung" herzustellen, ja dass sie gegenüber einem solchen Vorhaben auch nur ein Auge zudrücken würde. Seit Herr Lambert in dieser Hinsicht im vergangenen Herbst seine ersten Sondierungen vorgenommen hat, hat sich die Spannung durch die an Weihnachten 1947 erfolgte Proklamierung der "freien" Regierung und die seither eingeleiteten militärischen Operationen ausserordentlich verschärft. Die noch immer unter Aufsicht der Amerikaner weitergehenden Operationen lassen mich überhaupt ernstlich an der praktischen Möglichkeit zweifeln, von Athen aus eine Linie zu Markos freizulegen.

Ueber die Zweckmässigkeit einer solchen Kontaktnahme habe ich mich hier nicht auszulassen, und ich überlasse den Entscheid hierüber um so lieber Ihnen, als mir nicht alle Elemente für die Beurteilung dieser für das IKRK ohne Zweifel sehr wichtigen Frage zur Verfügung stehen. Halten Sie den Versuch für zweckmässig, ja für unerlässlich, so wäre es meines Erachtens besser, ihn über Belgrad, allenfalls über Prag oder Budapest, wo vermutlich ein "Vertrauensmann" der "freien" griechischen Regierung residiert, nicht aber über Athen einzuleiten. Die Erfahrungen, die das IKRK während des spanischen Bürgerkrieges zu machen Gelegenheit hatte, dürften, wie ich annehme, die Auffassung bestätigen, dass der Weg durch die Gefechtslinien hindurch für eine Fühlungnahme nicht gangbar ist.

Ich habe im übrigen nicht verfehlt, meine Besorgnisse in dieser Beziehung bereits gegenüber Herrn Roth auszudrücken; da dies indessen für ihn ein curia posterior ist und sein Hauptaugenmerk vorerst den Depor-

- 7 -

tierten gilt, sind wir übereingekommen, die Frage in einem spätern Zeitpunkt erneut zu erörtern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

11.6.48.

dodis.ch/4124

ATHENS

DELEGUE DU COMITE INTERNATIONAL DE LA CROIX-ROUGE
S'excuse de son impolitesse
et vous remercie de votre
excellente attention.

ADRIEN LAMBERT